

Pressemitteilung

Berlin, 10. Mai 2016

Umweltministerium muss Kurswechsel in Agrarpolitik finanzieren

Wer bestellt, der bezahlt. Den radikalen Kurswechsel, den Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) von den deutschen Landwirten fordert, muss ihre Behörde auch entsprechend finanzieren. Das forderte der Vorsitzende der Familienbetriebe Land und Forst (FAB), Michael Prinz zu Salm-Salm, am Freitag in Berlin. „Wer verlangt, dass der Zug in eine neue Richtung fährt und noch zusätzliche Waggons dranhängt, hat auch für die Mehrkosten aufzukommen.“

Die Anforderungen der Politik an die Landwirtschaft nehmen ständig zu: „Gestern sollte der Landwirt den Hunger bekämpfen, heute Urwälder schaffen und morgen das Weltklima retten. Die Aufgabenstellungen werden immer komplexer. Mit deutlichem Mehraufwand können wir vieles schaffen“, so Salm. „Aber das geht nicht zum Nulltarif.“

In der jetzigen dramatischen Situation der Landwirtschaft müsse die Politik die heimischen Hersteller von Lebensmitteln, Holz und Energie stärken, statt zu schwächen. Weitere Umwelt- und Naturschutzauflagen ohne entsprechende Vergütung beschleunigten nur das Höfesterben, warnte Salm. Damit verliert Deutschland nicht nur regionale Vielfalt, sondern unwiederbringlich eine ganze Kultur. Wenn die Wirtschaftskraft im ländlichen Raum noch weiter zurückgehe und Regionen ausbluten, habe keiner gewonnen. „Es kann niemand wollen, dass hier die Höfe sterben, und dann die Importe von Lebensmitteln zunehmen, die zu niedrigeren Qualitätsstandards hergestellt werden.“

Die Familienbetriebe Land und Forst vertreten die Interessen von rund 2.000 Betrieben, hinter denen 50.000 Familienmitglieder, Mitarbeiter und Eigentümer stehen.

Pressekontakt:
Anja-Katharina v. der Hagen
Leiterin
Presse und Kommunikation
Familienbetriebe Land und Forst e. V.
Claire-Waldoff-Strasse 7
10117 Berlin
Telefon: 030-318072-05
Fax: 030-318072-42
Hagen@fablf.de